

Antworten der Landratskandidatin Silke Gorißen v. 19.8.2020

Die von Ihnen aufgeworfenen Fragestellungen erscheinen mir sehr komplex, insofern möchte ich auf eine Einzelbeantwortung Ihrer Fragen verzichten und stattdessen einen allgemeinen Abriss zu meinen Überlegungen i.S. der Verkehrswende am Niederrhein bzw. im Kreis Kleve darlegen.

Mit Blick auf die Absenkung der CO₂-Emissionen sei mir der Hinweis erlaubt, dass jedweder Verkehr, der nicht stattfindet, die größte Senkung von Emissionen erreicht. Nach meiner Auffassung müssen wir die Chancen der Digitalisierung für die Arbeit der Verwaltung nutzen und beispielsweise Bürgeranliegen, die digital erledigt werden können, auch digital bearbeiten. Sprich, nicht für jedes Anliegen oder für jeden Antrag ist ein persönliches Erscheinen bei der Verwaltung erforderlich. Termine müssen nicht unbedingt im Kreishaus stattfinden. Und hier könnte die Kreisverwaltung in Kleve vielleicht auch beispielgebend für den Städte und Gemeinden im Kreis Kleve werden.

Ein weiterer Schritt zur Vermeidung von CO₂-Emissionen kann die verstärkte Nutzung von E-Mobilität sein. Dies gilt für den Fuhrpark der Kreisverwaltung, der in diese Richtung weiterentwickelt werden kann. Damit aber auch unseren Bürgern der Schritt in diese Richtung leichter gemacht wird, brauchen wir eine deutliche Verbesserung der Lade-Infrastruktur. In Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden im Kreis Kleve sollten wir ein dichtes Netz von Ladesäulen entwickeln, damit zumindest die Angebotsseite attraktiv für den Bürger ist.

Im Bereich des ÖPNV ergibt sich im Rahmen von Ausschreibungen einerseits die Möglichkeit, den Anbietern der Verkehrsleistungen vorzugeben, hier entsprechend neue Fahrzeuge mit der nötigen Technik einzusetzen. Allerdings sind die Vergaben aktuell im letzten Jahr vorgenommen worden, somit sind die Handlungsmöglichkeiten aufgrund der Vertragsvereinbarungen derzeit eingeschränkt. Aus der Ausschreibung der Verkehrsleistungen hat sich dabei ein erhebliches Einsparpotential ergeben. Dieser Betrag in Höhe von ca. 1,6 Mio. € soll allerdings nicht dem Haushalt gutgeschrieben werden. Stattdessen sind die Städte und Gemeinden im Kreis Kleve gebeten worden, hier Vorschläge zu einer Attraktivierung des ÖPNV vor Ort einzureichen. Dies kann der Erhöhung von Takten, der besseren Bedienung der Tagesrandzeiten oder aber auch der verbesserten Abstimmung der unterschiedlichen Linien zwischen einzelnen Gemeinden dienen. Vor Ort ist am ehesten bekannt, welche Bedarfe für den ÖPNV bestehen, deshalb ist hier eine intensive Abstimmung untereinander erforderlich. Darüber hinaus gehende Angebote über Bürgerbusvereine o. ä. werden in der Regel in den Städten organisiert, aber auch hier sind sicherlich unterstützende Leistungen seitens des Kreises Kleve denkbar.

Die Frage der Preisgestaltung im ÖPNV wird bereits seit Jahren auch im Gebiet des Kreises Kleve beim VRR organisiert. Und tatsächlich hat der seinerzeitige Anschluss an den Tarif des VRR schon vor Jahren für deutliche Preisnachlässe und Verbesserungen insbesondere im Schienenpersonennahverkehr gesorgt. Ebenso sind hierdurch zusätzliche Angebote - sei es für Senioren, für Studenten oder jüngst auch für Auszubildende - entstanden. Welche Preisgestaltungen darüber hinaus möglich sind, ist in diesen Gremien und nicht zuletzt bei der Landesregierung zu diskutieren. Speziell die Geschichte zur Einführung des Sozialtickets zeigt, dass hier eine andere Ebene als die des Kreises Kleve gefordert ist. Wie wollte man argumentieren, wenn wir im Kreis Kleve andere Tarife als beispielsweise im Kreis Wesel oder im Kreis Viersen anwenden müssten?

Als letzten Punkt, der mir in dem Zusammenhang von ÖPNV und Individualverkehr wirklich wichtig erscheint, nenne ich den dringend notwendigen weiteren Ausbau unseres

Radwegenetzes. Dank des Booms bei der Nutzung von E-bikes wird deutlich, dass bei gut ausgebauten und sicheren Radwegen das Fahrrad besonderes bei den kurzen und mittleren Strecken eine echte Alternative sein kann. Innerörtlich und innerstädtisch sind hier sicher die Städte und Gemeinden gefragt, aber speziell bei den Kreisstraßen haben wir hier noch deutliches Ausbaupotential, für das ich mich gerne einsetzen werde. Bei Landstraßen und bei Bundesstraßen ohnehin liegt natürlich auch hier die Zuständigkeit auf der Ebene des Landes.

Was die Themen der Verkehrswende angeht, zeigt sich, dass eigentlich alle Ebenen - also Städte und Gemeinden, Kreis und eben auch das Land - gefordert sind. Aus meiner Sicht kann der Kreis Kleve auf seiner Ebene vieles anstoßen und umsetzen, darüber hinaus aber auch versuchen, in die Kommunen durch Initiativen hineinzuwirken, aber durchaus auch die Zusammenarbeit mit dem Land suchen. Grundsätzlich möchte ich anmerken, dass es möglich sein muss, den Kreis Kleve zu einer klimaneutralen Region weiter zu entwickeln. Aus diesem Grunde ist genau dieser Punkt auch mit in das Wahlprogramm der CDU des Kreises Kleve aufgenommen worden.

Jede einzelne von Ihnen genannte Fragestellung könnte noch deutlich ausführlicher bearbeitet und diskutiert werden. Dennoch möchte ich es an dieser Stelle dabei belassen und hoffe, Ihnen einen Einblick in meine Vorstellungen zur Weiterentwicklung des Verkehrs und zur Senkung des CO₂-Ausstoßes im Kreis Kleve nahe gebracht zu haben.